

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 20. Februar 2019:

Zu Beginn der Sitzung bittet Bürgermeister Scheffold die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben. Die langjährige Partnerschaftsbeauftragte unserer Partnerstadt Bischwiller, Frau Yolande Menges, ist am 19. Februar 2019 verstorben. Bürgermeister Scheffold würdigt die Verstorbene für ihre Verdienste um die Städtepartnerschaft.

TOP 01 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Scheffold informiert, dass der Gemeinderat in einer seiner letzten nichtöffentlichen Sitzungen beschlossen hat, das städtische Anwesen Am Weihergarten 5, das ehemalige Schlachthofverwaltergebäude, zu verkaufen. Wie inzwischen bekannt geworden ist, werden die Buchenbronner Hexen e. V. aus Hornberg das Anwesen erwerben.

TOP 02 Bestellung des Gemeindevwahlausschusses für die Gemeinderats-, Ortschaftsrats- und Kreistagswahlen am 26. Mai 2019

Am Sonntag, 26. Mai 2019 finden neben der Europawahl auch die Gemeinderats-, Ortschaftsrats- und Kreistagswahlen statt. Für diese Wahlen ist ein Gemeindevwahlausschuss zu bilden. Da Bürgermeister Scheffold für den Kreistag kandidieren wird, kann er nicht gleichzeitig Vorsitzender des Gemeindevwahlausschusses sein. Deshalb wird vorgeschlagen, Wahlsachbearbeiter Matthias Litterst und Hauptamtsleiter Oswald Flaig als Vorsitzende zu berufen. Als Beisitzer und stellvertretende Beisitzer konnten ebenfalls Kandidaten gefunden werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat ist einstimmig damit einverstanden, die Kandidaten offen und en bloc zu wählen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende Zusammensetzung des Gemeindevwahlausschusses:

Vorsitzender: Matthias Litterst

Stellvertretender Vorsitzender: Oswald Flaig

Beisitzer: Andreas Horn, Wilhelm-Hausenstein-Straße 21 sowie Wolfgang Blum, Schloßstraße 40

Stellvertretende Beisitzer: Jochen Quentmeier, Wilhelm-Hausenstein-Straße 21 sowie Stadtbaumeisterin Pia Moser.

TOP 03 Vorberatung über die 3. Änderung der Hauptsatzung

Dem Gemeinderat liegt eine umfangreiche Sitzungsvorlage mit Änderungsvorschlägen zur bestehenden Hauptsatzung vor. Aus Sicht der Verwaltung sind einige Regelungen der Satzung bearbeitungsbedürftig.

Stadtrat Fuhrer meldet sich vor dem Einstieg in die Beratung zu Wort. Er wünscht sich, dass die Beratung und Beschlussfassung auf den neuen Gemeinderat übertragen wird. Er schlägt deshalb eine Vertagung in den Herbst 2019 vor. Stadtrat Wöhrle und Stadtrat Hess können sich für ihre Fraktionen diesem Vorschlag anschließen. Bürgermeister Scheffold nimmt dies zur Kenntnis. Hauptamtsleiter Flaig teilt mit, dass kein Zeitdruck gegeben ist.

Bürgermeister Scheffold informiert vorab, dass Grundlage für die Änderungsvorschläge die Entwicklung des Preisindexes seit 2001 ist. Dieser ist seither um rund 30 % gestiegen. Deshalb sollten die Wertgrenzen ebenfalls angepasst werden. Außerdem sollten dem Bürgermeister weitere Zuständigkeiten übertragen werden. Für bestimmte Routinefälle im Personalbereich sollte der Bürgermeister zuständig sein, ebenso wie für Stundungsanträge bis zu gewissen Wertgrenzen und Zeiträumen. Auch die regelmäßige Anpassung der Beschäftigungsumfänge von Musikschullehrern sollte auf den Bürgermeister übertragen werden.

Außerdem schlägt die Verwaltung vor, dass der Gemeinderat prüft, die Vergabe von städtischen Wohnungen auf den Bürgermeister zu übertragen. Dies ist in der Vorschlagsliste für die Änderung der Hauptsatzung noch nicht enthalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Beratung und Beschlussfassung zu vertagen. Die Beratung und Beschlussfassung soll im zweiten Halbjahr 2019 erfolgen, durch den neuen Gemeinderat, noch vor den Haushaltsberatungen 2020.

TOP 04 Einrichtung eines Grünschnittplatzes

Der städtische Bauhof betreibt im Rubersbach einen Grünschnittplatz. Der Platz wird auch von Privatpersonen genutzt. Der Zugang zum Gelände ist nicht überwacht und geregelt. In der Vergangenheit ist es deshalb immer wieder vorgekommen, dass Müll und Sonderabfall unkontrolliert dort abgeladen wurden. Vor allem Altreifen und Altölkannister werden dort immer wieder abgelagert. Bürgermeister Scheffold weist darauf hin, dass es sich hierbei um Straftaten und nicht bloß um Ordnungswidrigkeiten handelt.

Der Betrieb des Platzes verursacht der Stadt Hornberg einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand, da das Material gehäckselt und abgefahren werden muss. Das gehäckselte Material ist aber oft durch Plastikabfälle und ähnliches verunreinigt, was einen großen Aufwand mit sich bringt.

Es besteht nun die Möglichkeit, einen offiziellen Grünabfallsammelplatz einzurichten und zu betreiben. Dann würde das anfallende Grüngut auf Kosten des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Ortenaukreis gehäckselt und geräumt. Dies würde für die Stadt Hornberg eine erhebliche Kosteneinsparung mit sich bringen. Dagegen stehen einmalige Kosten für ein Zufahrtstor und eine einfache Hütte als Unterstand für den Platzwart. Zudem entstehen laufende Kosten für die Betreuung des Platzes durch einen Platzwart.

Üblicherweise sind solche Grünschnittplätze von Dezember bis Februar geschlossen. Denkbare Öffnungszeiten wären von März bis Mai an jedem Samstag für drei Stun-

den, von Juni bis August an zwei Samstagen für je drei Stunden sowie von September bis November an jedem Samstag für drei Stunden.

Bürgermeister Scheffold findet die jetzige Handhabung nicht zufriedenstellend, weil keine wirksame Kontrolle möglich ist. Bezüglich eines notwendigen Platzwerts können die geringfügig bei der Stadt Hornberg Beschäftigten angesprochen werden.

Stadtbaumeisterin Moser gibt die jährlichen Kosten der Stadt Hornberg nach dem jetzigen System mit rund 2.900 Euro für Häckseln und Abfahren an.

Besonders darauf hingewiesen wird, dass Gras- und Rasenschnitt nicht abgelagert werden darf, wegen der entstehenden Sickersäfte.

Stadtrat Fuhrer hat Bedenken, dass bei einer solchen Reduzierung der Öffnungszeiten in den Stoßzeiten dann eine übermäßige Frequentierung des Platzes mit Staubildung zu erwarten wäre. Er findet die jetzige Regelung gut, bittet aber darauf zu achten, dass keine Auswärtigen den Platz nutzen. Stadträtin Laumann schlägt diesbezüglich vor, eine Gebührenerhebung von Auswärtigen zu prüfen.

Bürgermeister Scheffold könnte sich auch vorstellen, die Benutzungszeiten mit Plätzen in den Nachbargemeinden zu koordinieren.

Stadtrat Wöhrle hat die Befürchtung, dass bei Aufstellung eines Zufahrtstors und eines Zauns der Grünschnitt von manchen Nutzern davor abgelagert werden könnte. Außerdem wäre es für ihn wünschenswert, dass auch Gras- und Rasenschnitt abgelagert werden darf. Letzteres wird von Bürgermeister Scheffold als nicht möglich bezeichnet. Hierfür wäre ein befestigter Platz notwendig, die entstehenden Sickersäfte müssten in einen Kanal eingeleitet werden, der nicht vorhanden ist.

Stadtrat Fuhrer ist froh über den bestehenden Platz. Dadurch haben sich die Feuerstellen in den Gärten deutlich reduziert. Er fürchtet eher nachteilige Auswirkungen bei einer Änderung. Bürgermeister Scheffold weist dagegen auf die Problematik der Fremdstoffe im Häckselgut hin. Er sieht hier keine andere Lösung als eine Neuorganisation.

Stadtrat Wöhrle hat hingegen die Befürchtung, dass die Gartenabfälle dann anderweitig entsorgt werden würden.

Stadtrat Hess findet, dass bei einer Beschränkung der Nutzungszeiten die Stoßzeiten für die Anwohner im Rubersbach bei einer Öffnung des Platzes dann sehr belastend wären. Auch er sieht die Gefahr, dass außerhalb der Öffnungszeiten dann Wildablagerungen erfolgen.

Stadtrat Bühler bittet, die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Der von Stadtbaumeisterin Moser genannte Aufwand ist für ihn tragbar. Er findet das jetzige System für die Bevölkerung gut. Eine Beschränkung auf Samstage kann er nicht befürworten.

Stadtrat Tischer hat einen anderen Vorschlag. Er könnte sich vorstellen, den Platz versuchsweise nur Freitags und Samstags zu öffnen. So könnte eine bessere „Sozialkontrolle“ durch die Vielzahl der Nutzer und die Anwohner erfolgen.

Stadtrat Jogerst begrüßt diesen Vorschlag. Einen Zaun hält er aber für notwendig, eine Beschränkung auf eine Samstagsöffnung wäre für ihn ebenfalls ein Weg.

Stadträtin Laumann ist grundsätzlich dafür, die Benutzung des Platzes zu regeln.

Bürgermeister Scheffold fasst zusammen, dass drei Beschlussvorschläge vorliegen: Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, einen offiziellen Grünschnittplatz in Abstimmung mit dem Landratsamt einzurichten, der Vorschlag von Stadtrat Fuhrer, den jetzigen Zustand zu belassen, sowie der Kompromissvorschlag von Stadtrat Tischer, ein Tor oder eine Schranke anzubringen und den Platz künftig nur noch Freitags und Samstags versuchsweise zu öffnen.

Zum Vorschlag von Stadtrat Tischer ergänzt Stadtrat Läufer, dass zusätzlich eine Tafel aufgestellt werden sollte mit Benutzungshinweisen und dem Hinweis darauf, dass illegale Ablagerungen eine Straftat darstellen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit acht Ja-Stimmen, bei drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung, dem Vorschlag von Stadtrat Tischer zu folgen. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Zufahrtstor anbringen zu lassen sowie ein Schild. Der Platz wird künftig nur noch Freitags und Samstags geöffnet. Dies ist entsprechend zu kommunizieren.

Nach einer Probephase soll dies 2020 überprüft und wieder auf die Tagesordnung genommen werden.

TOP 05 Erteilen des Einvernehmens zum Änderungsbauantrag zur Erweiterung des bestehenden Klinikgebäudes „Oberbergklinik“ auf dem Grundstück Flst.Nr. 1002/16 (Oberberg 1) in Hornberg

Stadtbaumeisterin Moser erläutert die geänderte Planung. Die Änderung ist nur minimal, ein Gebäude soll versetzt werden, wobei die Höhen gleich bleiben.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen.

TOP 06 Bekanntgaben und Anfragen

06.1 Verlängerung des Sanierungsgebietes „Nord“

Das Regierungspräsidium Freiburg hat den Antrag der Stadt Hornberg auf Verlängerung des Bewilligungszeitraumes genehmigt. Damit der Rückbau der Hauptstraße, vom Knoten Poststraße bis zum Friedhof, umgesetzt werden kann, wird der Bewilligungszeitraum letztmalig bis zum 30. April 2020 verlängert.

Der Sanierungsträger Kommunalkonzept wurde beauftragt, eine Teilschlussabrechnung einzureichen.

06.2 Sanierungsgebiet „Stadtmitte II / Werderstraße“

Das Regierungspräsidium Freiburg hat den Antrag der Stadt Hornberg auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums genehmigt. Zunächst erfolgt die Verlängerung bis zum 30. April 2021. Es wurde aber bereits zugesagt, bedarfsgerecht eine weitere Verlängerung um zwei Jahre bis zum 30. April 2023 zu gegebener Zeit zu bewilligen.

Dies bedeutet, dass die Modernisierung der Stadthalle bezüglich der Sanierungsförderung durchgeführt werden kann.

06.3 Berichtigung des Protokolls über die öffentliche Gemeinderatssitzung vom 23. Januar 2019

Auf Seite 25 des Protokolls hat sich ein Fehler eingeschlichen. Berichtigt worden ist, dass die Finanzplanung für die Modernisierung der Stadthalle, und nicht des Schulhausaltbaus, einen Betrag von 2,23 Mio. Euro enthält. Bürgermeister Scheffold dankt Stadtrat Wöhrle für den Hinweis. Das Austauschblatt liegt dem Gemeinderat als Tischvorlage vor. Das Protokoll wurde entsprechend berichtigt.

06.4 Grillplatz Gesundbrunnen

Stadtrat Wöhrle hat festgestellt, dass die Schranke bereits offen ist und dass offensichtlich eine Kamera installiert worden ist. Die Verwaltung wird sich bei Forstrevierleiter Flach erkundigen.

06.5 Straßenschäden in der Leimattenstraße

Stadtrat Hess weist darauf hin, dass immer mehr Stolperfallen im Verlauf der Leimattenstraße vorhanden sind. Einige Steine sind lose. Der Gehweg ist in Bereichen schadhaft. Bürgermeister Scheffold sagt zu, dass die Schäden beseitigt werden.

Stadtbaumeisterin Moser informiert, dass die beauftragten Probebohrungen, auch in der Leimattenstraße, derzeit durchgeführt werden. Dann kann je nach Straße festgelegt werden, welche Sanierungsmaßnahme die richtige ist.

06.6 Schloßweiher

Stadtrat Fuhrer erinnert an den starken Algenbewuchs im Schloßweiher im vergangenen Jahr. Er fragt an, ob hier vorsorglich etwas getan werden kann, damit dies 2019 nicht wieder passiert.

Stadtbaumeisterin Moser hat sich diesbezüglich mit der Fachstelle beim Landratsamt Ortenaukreis in Verbindung gesetzt. Die Algenbildung im vergangenen Jahr war auf Hitze, Wasserarmut, Sonneneinstrahlung und Nitrateintrag zurückzuführen. Leider stehen keine Möglichkeiten zur Verfügung, eine erneute Algenbildung zu verhindern. Eine chemische Behandlung des Wassers scheidet aus. Die Algen können lediglich abgefischt werden.

Bürgermeister Scheffold informiert, dass glücklicherweise der Fischbestand im Schloßweiher durch die Algenbildung nicht beeinträchtigt wird.

06.7 Parkplätze im Storenwald

Stadtrat Wöhrle erkundigt sich nach dem Sachstand. Bürgermeister Scheffold informiert, dass die Schaffung von ca. 20 Parkplätzen zwischen dem Storenwald und dem Offenbachtal kurzfristig in Angriff genommen wird. In der nächsten Woche findet ein Ortstermin statt. Die Anlegung des Parkplatzes, auf der vom Staatsforst erworbenen Fläche im dortigen Bereich, wird zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt.

TOP 07 Fragestunde

07.1 Geplanter Parkplatz in der unteren Postwiese

Eine Anwohnerin erkundigt sich nach dem Sachstand. Bürgermeister Scheffold informiert, dass bekanntlich die Oberbergklinik Bauantrag für die Anlegung eines Parkplatzes gestellt hat. Das Gelände gehört der Stadt Hornberg, die Planung wurde mit der Verwaltung abgestimmt. Eine Straßenbeleuchtung soll angebracht werden. Die Zufahrt erfolgt von unten her. Die Modalitäten des Mietvertrages wurden bereits vereinbart.

Es können bis zu 48 Parkplätze hergestellt werden. Von Seiten der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass der Erteilung der Baugenehmigung durch das Landratsamt Ortenaukreis nichts mehr entgegensteht.